

In 2019 die Weichen für die Zukunft stellen

Wir fordern:

- Einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern. Alle Ausgaben bezahlen weder der Bürgermeister noch die Gemeindeverwaltung, sondern die Bürger mit Ihren Steuern. Jedes „Geschenk“ in Form von freiwilligen Leistungen und auch jedes Gutachten bezahlen wir alle. Wir fordern hier ein Maßhalten und die Beteiligung der Gemeindevertretung bei zusätzlichen Ausgaben!
- Die Erfüllung der Pflichten der öffentlichen Hand. Es geht nicht, Pflichtaufgaben der Gemeinde auf die Bürger abzuwälzen. Auch für die Gemeindeverwaltung gilt: Eigentum verpflichtet! Die Pflege und Reinigung kommunaler Flächen ist eine Pflichtaufgabe, die der Bürger bereits jährlich bezahlt!
- Ordnung in der Gemeinde. Mitarbeiter der Verwaltung müssen alle Verstöße gegen Vorschriften ahnden und nicht nur Falschparker zu Kasse bitten. Kommunale Vorschriften, die nicht kontrollierbar sind, sind abzuschaffen!
- Eine dezentrale Grundversorgung. Die FDP unterstützt die Realisierung von Projekten zur dezentralen Grundversorgung durch Investoren, um die Ansiedlung zu fördern. Es gibt in der Gemeinde große Bereiche, die über keine oder nur wenige Geschäfte mit Angeboten zur Grundversorgung verfügen und durch Alt und Jung unkompliziert erreichbar sind. Bürger müssen weite Wege zurücklegen, um Waren des täglichen Bedarfs einzukaufen und sind häufig auf das eigene Auto angewiesen – zum Leidwesen der Gesundheit, der Umwelt und der generellen Verkehrssituation in unserer Gemeinde. Bevor das Zentrum weiter verdichtet wird, sind entfernte Wohngebiete zu versorgen!
- Faire Bezahlung für gute Leistung. Auch bei Vergaben durch die Gemeinde sind Tarif- und Lohnuntergrenzen einzuhalten und bereits bei der Ausschreibung zu berücksichtigen. Hier zu sparen, schadet der Gesellschaft mehr, als es der öffentlichen Kasse nützt!
- Eine Überarbeitung des Katastrophenschutzes. Wir fordern eine Überarbeitung der Vorschriften und Konzepte – nur öffentliche Mittel in den Haushaltsplan einzustellen reicht nicht. Diese Pflichtaufgabe darf nicht zu Gunsten freiwilliger Projekte zurückgestellt werden!
- Eine stärkere Bürgerbeteiligung. Die Beteiligung der Bürger an der Gestaltung der Gemeinde darf von der Verwaltung nicht als Ventil der Besänftigung der Bürger verstanden werden. Die Verwaltung hat die Wünsche und Bedenken der Bürger ernst zu nehmen. Wir fordern Bürgersprechstunden mit Ergebnissicherung!